

Die Investitionen der öffentlichen Verwaltung 1946 bis 1964

Eine gründliche Analyse des Wirtschaftswachstums in Österreich wird unter anderem dadurch erschwert, daß über die Investitionsstruktur und ihre Veränderungen nur grobe Vorstellungen bestehen. Das Institut hat daher schon vor einiger Zeit begonnen, die Investitionen in wichtigen Wirtschaftsbereichen zu erheben (Investitionstest) und bereits vorhandene Unterlagen zu sammeln. Die Ergebnisse dieser Arbeiten werden in zwangloser Folge veröffentlicht.

Der folgende Beitrag befaßt sich mit den Investitionen der öffentlichen Verwaltung, auf die fast ein Fünftel der gesamten Brutto-Anlageinvestitionen entfällt. Sie werfen meist keinen unmittelbaren Ertrag ab, sind aber für die Entwicklung des gesamten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens von großer Bedeutung.

Umfang der Untersuchung

Die Untersuchung beschränkt sich auf die öffentliche Verwaltung im engeren Sinn (öffentlicher Sektor laut volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung). Dazu gehören Bund, Länder, Gemeinden, autonome Fonds, Sozialversicherungsträger und Kammern, soweit sie Verwaltungsaufgaben erfüllen. Die öffentlichen Betriebe wurden nicht einbezogen, selbst wenn sie in einzelnen Fällen mit der Verwaltung finanziell integriert sind und mit ihren gesamten Einnahmen und Ausgaben in den offiziellen Haushaltsrechnungen aufscheinen (z. B. Bundesbetriebe). Auch die von der öffentlichen Verwaltung geförderten Investitionen in anderen Wirtschaftsbereichen (z. B. durch Finanzierungsbeihilfen) wurden vernachlässigt. Zu den Zweigen der öffentlichen Verwaltung mit umfangreichen Investitionen gehören insbesondere: allgemeine Verwaltung, Justiz-, Finanz-, Unterrichts- und Gesundheitswesen, Straßen- und Wasserbau sowie öffentliche Anstalten und Einrichtungen, die meist eine Mittelstellung zwischen Verwaltung und Betrieb einnehmen.

Die gewählte institutionelle Abgrenzung ist für Wachstumsuntersuchungen oft zu eng. Bestimmte Aufgaben werden nicht nur von der öffentlichen Verwaltung, sondern auch von öffentlichen und privaten Betrieben sowie von gemeinnützigen Organisationen, häufig mit Unterstützung öffentlicher Kredite, wahrgenommen. Um zu erkennen, wie weit für einzelne Bedürfnisse vorgesorgt wird, müßten die Aufwendungen aller Investoren zusammengefaßt und nach Aufgabenbereichen (Funktionen) gegliedert werden. Dieses Ziel wird in weiteren Stu-

dien schrittweise angestrebt werden. Statistische Gründe legten zunächst eine Beschränkung auf die öffentliche Verwaltung nahe.

Eine weitere Einschränkung betrifft den Investitionsbegriff. Die in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung übliche Trennung der öffentlichen Ausgaben in Investitionen und Konsumausgaben, wobei nur die Aufwendungen für Sachanlagen den Investitionen, alle übrigen Ausgaben jedoch dem Konsum zugerechnet werden, wird der Wirkungsweise der öffentlichen Haushalte nicht voll gerecht. Die öffentliche Verwaltung fördert das künftige Wirtschaftswachstum nicht nur durch den Bau von Straßen, Schulen oder Amtsgebäuden, sondern unter anderem auch dadurch, daß sie für bessere Ausbildung und Gesundheit der Menschen sorgt. Für viele Zwecke empfiehlt es sich daher, die Gesamtausgaben (und nicht nur die Vermehrung des Sachgüterbestandes) der öffentlichen Verwaltung nach Aufgabenbereichen zu gliedern und ihren Einfluß auf das Wirtschaftswachstum zu untersuchen.

Die folgende Darstellung stützt sich auf eine Kreuzklassifikation der Investitionen nach Körperschaften und Aufgabenbereichen für die einzelnen Jahre. Ferner wurde zwischen Bauten und Ausrüstungsinvestitionen unterschieden. Die Zahlen für die ersten Nachkriegsjahre konnten nur grob rekonstruiert werden, von 1948 bis 1957 waren größere Schätzungen notwendig, ab 1957 liegen vollständige Statistiken für den Bund vor, während für die anderen Gebietskörperschaften ausreichende Ausgabenübersichten verlässlichere Schätzungen ermöglichten. Die nominellen Werte sind im allge-

meinen verlässlicher als die realen Werte (zu konstanten Preisen von 1954), die mit Hilfe der in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung verwendeten Preisindizes für Bauten und Ausrüstungsgegenstände gewonnen wurden.

Wachstum seit Kriegsende

Die Investitionen der öffentlichen Verwaltung sind seit Kriegsende kräftig gestiegen. 1946 wurden nur 250 Mill. S, 1964 aber bereits 10,5 Mrd. S ausgegeben. Schaltet man die Geldwertänderungen aus, so verbleibt eine reale Zunahme um 760%. Die öffentlichen Investitionen wurden in bestimmten Zeitabschnitten forciert. Unmittelbar nach dem Krieg konnten zunächst nur sehr geringe Beträge für den Wiederaufbau und die Erweiterung öffentlicher Anlagen bereitgestellt werden. Erst als sich ab 1948 die Wirtschaft zu erholen begann und die öffentlichen Haushalte über steigende Einnahmen verfügten, nahm das Investitionsvolumen sprunghaft zu. 1951 war es mit 3,4 Mrd. S (zu Preisen von 1954) bereits dreieinhalbmal so groß wie 1947. In der Folgezeit wurde das Wachstumstempo merklich langsamer, in einzelnen Jahren (1952 und 1956) ging das Investitionsvolumen sogar absolut zurück. Ab 1958 setzte jedoch eine neue Investitionswelle ein, die bis in die jüngste Zeit anhielt. 1951/57 betrug die durchschnittliche jährliche Wachstumsrate des Investitionsvolumens nur 2%, 1957/64 aber 8%.

Investitionen der öffentlichen Verwaltung

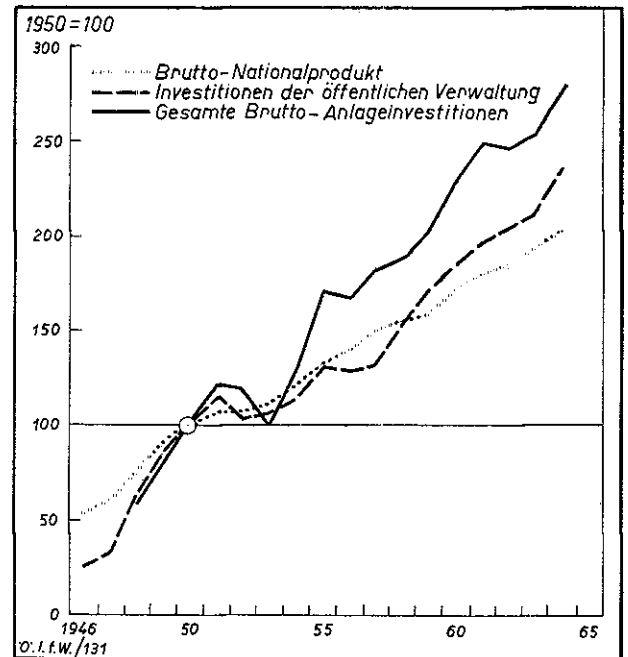
Jahr	Insgesamt		Anteil an den gesamten Brutto-Anlageinvestitionen		Anteil am Brutto-Nationalprodukt	
	nominell	real ¹⁾	nominell	real ¹⁾	nominell	real ¹⁾
	Mill. S		in %			
1946	250	801				2,0
1947	540	984				2,2
1948	990	1 875	24,6	23,1	3,0	3,3
1949	1 400	2 569	22,6	23,0	3,3	3,7
1950	1 861	2 940	21,1	21,1	3,6	3,8
1951	2 784	3 403	21,3	20,1	4,0	4,1
1952	2 865	3 077	19,1	18,6	3,6	3,7
1953	3 039	3 174	21,3	22,0	3,7	3,7
1954	3 333	3 333	18,3	18,3	3,6	3,6
1955	4 043	3 896	16,5	16,3	3,8	3,8
1956	4 267	3 789	17,1	16,4	3,6	3,5
1957	4 593	3 900	16,1	15,3	3,5	3,4
1958	5 401	4 540	18,1	17,4	4,0	3,8
1959	6 077	4 990	18,7	17,8	4,2	4,0
1960	6 918	5 421	18,1	17,0	4,3	4,1
1961	7 813	5 770	17,8	16,7	4,4	4,1
1962	8 354	5 994	18,6	17,5	4,5	4,2
1963	9 146	6 209	19,1	17,7	4,6	4,2
1964	10 540	6 920	19,7	18,1	4,8	4,4

¹⁾ Zu Preisen von 1954.

Zu ähnlichen Ergebnissen kommt man, wenn die Investitionen der öffentlichen Verwaltung mit dem Brutto-Nationalprodukt (BNP) verglichen wer-

Entwicklung der gesamten Brutto-Investitionen, des Brutto-Nationalproduktes und der Investitionen der öffentlichen Verwaltung

(Linearer Maßstab; 1950=100; reale Indizes)

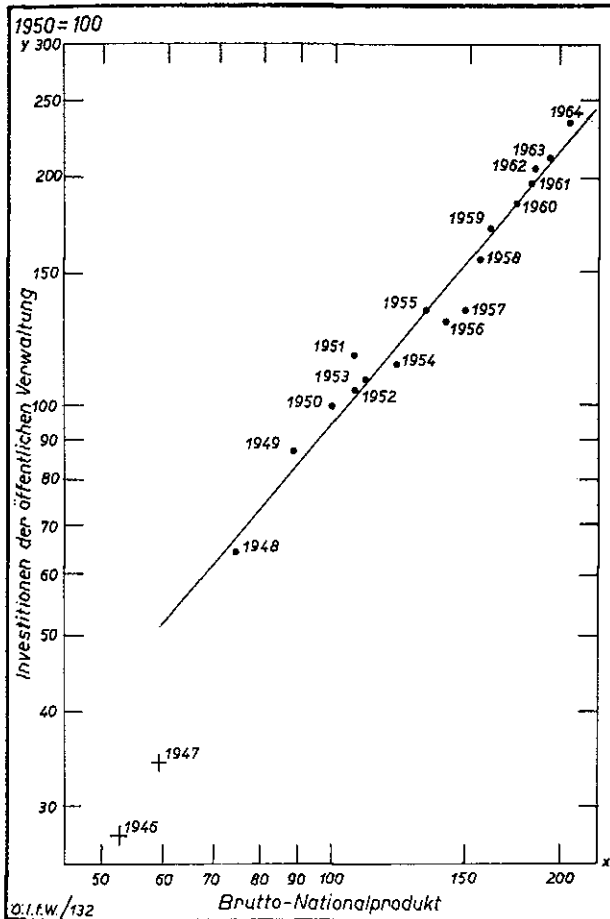


Während der Anteil der Gesamtinvestitionen am Nationalprodukt seit 1953 steigt, wachsen die Investitionen der öffentlichen Verwaltung erst seit 1957 wesentlich rascher als dieses. Ihr Anteil an den gesamten Anlageinvestitionen war 1964 real etwa gleich hoch wie 1955.

den. Unmittelbar nach dem Krieg wurden nur etwa 2% des realen Brutto-Nationalproduktes in Anlagen der öffentlichen Verwaltung investiert. Bis 1951 stieg der Anteil auf 4,1%, sank dann bis 1957 auf 3,4% und erreichte 1964 mit 4,4% den bisher höchsten Stand. Zu laufenden Preisen gerechnet war 1964 die Investitionsquote mit 4,8% noch etwas größer, da seit 1954 (der Preisbasis für die reale Berechnung) die Preise für Investitionsgüter (vor allem für Bauten) stärker gestiegen sind als das allgemeine Preisniveau.

Das unterschiedliche Wachstum der Investitionen läßt sich zum Teil aus der Finanzlage der öffentlichen Haushalte erklären. Nach der Stabilisierung der Währung (1952/53) verfolgte vor allem der Bund eine zurückhaltende Ausgabenpolitik. Andererseits wirkte die konjunkturpolitisch begründete Ausweitung der öffentlichen Ausgaben im Rezessionsjahr 1958 auch in den folgenden Jahren noch nach. Die Bereitstellung von Finanzierungsmitteln hängt jedoch nicht nur von der Finanzlage der öffentlichen Haushalte und ihren kurzfristigen währungs- und konjunkturpolitischen Zielen, sondern auch von der Dringlichkeit des Bedarfes ab. Die Investitionswellen seit Kriegsende entsprachen

Abhängigkeit der Investitionen der öffentlichen Verwaltung vom Wachstum des Brutto-Nationalproduktes (Logarithmischer Maßstab; 1950 = 100; reale Indizes)



Regressionsgleichung: $\log y = a + b \log x$

Korrelationskoeffizient: $r^2 = 0.967$

Investitionselastizität (bezogen auf das BNP): $\eta = 1.186$,
berechnet für die Jahre 1948 bis 1964

Für die Periode 1948 bis 1964 entsprach dem Zuwachs des Brutto-Nationalproduktes um 1% eine Steigerung der öffentlichen Investitionen um 1.2%. Doch lassen sich deutlich eine Wiederaufbauwelle (1946 bis 1951) und die Investitionswelle seit 1957 unterscheiden, in denen die Investitionselastizität höher war. In einzelnen Jahren führten konjunktur- und finanzpolitische Entscheidungen zu einer Unterbrechung des längerfristigen Zusammenhanges.

zumindest in groben Zügen jenen des Bedarfes. Mit den umfangreichen Investitionen im Zeitraum 1948/51 wurden hauptsächlich Kriegsschäden beseitigt. Sie stellten annähernd wieder die Infrastruktur der Vorkriegszeit her. Nachdem diese Aufgabe erfüllt war, konnte das Ausbautempo gedrosselt werden, da die vorhandenen Anlagen auch für eine wachsende Wirtschaft einige Zeit ausreichten. Zumindest erwies sich das Nachhinken der öffentlichen Investitionen nicht als ein ernstes Wachstumshemmnis. In dem Maße, wie die Wirtschaft über den Vorkriegsstand hinauswuchs (gegen Ende der Fünfzi-

gerjahre war das reale Brutto-Nationalprodukt bereits doppelt so hoch wie 1937), erwies sich jedoch die Infrastruktur zunehmend als zu knapp und mußte verstärkt ausgebaut werden. Diese Tendenzen kämen wahrscheinlich noch deutlicher zum Ausdruck, wenn nicht nur die Investitionen der öffentlichen Verwaltung, sondern die gesamten Infrastruktur-Investitionen verfolgt würden.

Im gesamten Zeitraum 1948/64 verhielten sich die Wachstumsraten des Brutto-Nationalproduktes und der öffentlichen Investitionen wie 1 : 1.2. Verschiedenes spricht dafür, daß dieses Verhältnis künftig ungünstiger sein wird. Der Straßenbau erweist sich angesichts der fortschreitenden Motorisierung als unzulänglich, der Schulraum ist knapp und verschiedene öffentliche Einrichtungen (Trinkwasserversorgung, Hochwasser- und Lawinenschutz, Spitäler usw.) genügen nicht mehr den Anforderungen einer wachsenden Wirtschaft. Auch die öffentlichen Verkehrs- und Versorgungsunternehmen, die nicht zur Verwaltung im engeren Sinn zählen, haben einen hohen und nur teilweise aufschiebbaren Investitionsbedarf. Die für 1966 sich abzeichnenden Investitionseinschränkungen vor allem des Bundes und der Gemeinde Wien vergrößern die Investitionslücken. Nimmt man an, daß die Investitionen der Verwaltung infolge des steigenden Bedarfes künftig ebenso wie im Zeitraum 1957/64 etwa doppelt so rasch wachsen werden wie die Gesamtwirtschaft, dann müßten für sie in zehn Jahren 6.5% des Brutto-Nationalproduktes abgezweigt werden, die übrigen Infrastruktur-Investitionen, insbesondere der Ausbau der öffentlichen Verkehrsunternehmen, nicht eingerechnet.

Damit erhebt sich die Frage, ob die künftig notwendige Ausweitung der öffentlichen Investitionen zu Lasten der übrigen unmittelbar produktiven Investitionen möglich ist, ohne die Wachstumschancen der gesamten Wirtschaft nennenswert zu beeinträchtigen, oder ob nicht eine Erhöhung der Investitionsquote zu Lasten des privaten Konsums angestrebt werden sollte. Der Anteil der öffentlichen Verwaltung am gesamten Investitionsvolumen hatte lange Zeit eine sinkende Tendenz. In der Wiederaufbauperiode von 1948 bis 1951 ging er von 23.1% auf 20.1% (berechnet zu Preisen von 1954) zurück, da die übrigen Investitionen noch kräftiger ausgeweitet wurden als die öffentlichen. Bis 1957 sank die Quote auf 15.3%. Seither hatte sie zwar eine leicht steigende Tendenz, war aber 1964 mit 18.1% noch etwas niedriger als in den Jahren unmittelbar nach der Stabilisierung der Währung. Sollten jedoch die Investitionen der

öffentlichen Verwaltung künftig mit der gleichen Rate wie im Zeitraum 1957/64 (etwa 8% pro Jahr) gesteigert werden können, dann würde ihr Anteil am gesamten Investitionsvolumen rasch zunehmen, sofern nicht gleichzeitig ein größerer Teil des Nationalproduktes für Investitionszwecke abgezweigt wird.

Investitionen der öffentlichen Verwaltung nach Investitionsgütergruppen

Jahr	Bauten		Ausrüstung		Insgesamt		Preisindex 1954=100
	nominell	real ¹⁾	nominell	real ¹⁾	nominell	real ¹⁾	
	Mill. S						
1950	1 637	2 586	224	354	1 861	2 940	63,3
1951	2 486	2 988	298	415	2 784	3 403	81,8
1952	2 581	2 755	284	322	2 865	3 077	93,1
1953	2 743	2 887	296	287	3 039	3 174	95,7
1954	2 980	2 980	353	353	3 333	3 333	100,0
1955	3 544	3 404	499	492	4 043	3 896	103,8
1956	3 743	3 280	524	509	4 267	3 789	112,6
1957	4 064	3 401	529	499	4 593	3 900	117,8
1958	4 838	4 022	563	518	5 401	4 540	119,0
1959	5 441	4 409	636	581	6 077	4 990	121,8
1960	6 193	4 775	725	646	6 918	5 421	127,6
1961	7 039	5 116	774	654	7 813	5 770	135,4
1962	7 427	5 235	927	759	8 354	5 994	139,4
1963	8 160	5 418	986	791	9 146	6 209	147,3
1964	9 411	6 031	1 129	889	10 540	6 920	152,3

¹⁾ Zu Preisen von 1954.

Die Investitionen der öffentlichen Verwaltung bestehen zum weitaus größten Teil aus Bauten. 1964 entfielen von insgesamt 26,4 Mrd. S baulichen Investitionen (zu laufenden Preisen) 9,4 Mrd. S oder 36% auf Bauten der öffentlichen Verwaltung. Davon waren je die Hälfte Tiefbauten (Straßen-, Brücken-, Wasserbauten, Sport-, Gartenanlagen) und Hochbauten (Amtsgebäude, Schulen, Museen, Krankenhäuser, Heime, Wohnungen). Für Ausrüstungsinvestitionen gab die öffentliche Verwaltung 1964 nur 1,1 Mrd. S aus (4% der gesamten Ausrüstungsinvestitionen). Davon entfielen etwa 120 Mill. S auf Kraftfahrzeuge.

Die einzelnen Aufgabenbereiche

Es wurde versucht, die Investitionen aller öffentlichen Körperschaften nach einheitlichen Kriterien funktionell nach *Aufgabenbereichen* zu gliedern. Der Bund veröffentlicht diese Gliederung seit 1957 in den Bundesrechnungsabschlüssen. Für die Jahre vorher und für alle anderen öffentlichen Körperschaften mußte sie jedoch aus den teilweise in Form von Gebarungsübersichten aufgearbeiteten Rechnungsabschlüssen und aus verschiedenen anderen Statistiken erschlossen werden:

1. *Allgemeine Verwaltung*: Amts- und Regierungsgebäude sowie ihre Ausstattung, andere Einrichtungen der allgemeinen Verwaltung sowie der

Justiz- und Finanzverwaltung (Verwendungsgruppen 0 und 1 der Länder- und Gemeindehaushalte)

2. *Schulwesen*: Unterrichtsverwaltung, öffentliche Erziehungsanstalten einschließlich der landwirtschaftlichen Schulen, aber ohne Universitätskliniken (Verwendungsgruppe 2 und ex 74).

3. *Kulturelle Einrichtungen*: Hauptsächlich öffentliche Museen, Denkmalpflege, Forschungsanstalten, Einrichtungen der Volksbildung und kirchliche Angelegenheiten, soweit Gebietskörperschaften als Patronatsherren auftreten (Verwendungsgruppe 3).

4. *Soziale Einrichtungen*: Hauptsächlich Jugend- und Altersheime, Fürsorgeeinrichtungen, Sanitätsverwaltung und Sportanlagen (Verwendungsgruppen 4 und 5, ohne 52).

5. *Heilanstalten*: Kranken-, Heil- und Pflegeanstalten, Ambulanzen und Kliniken (Verwendungsgruppe 52).

6. *Straßen- und Brückenbau*: Ausbau und Neubau der Bundes-, Landes- und Gemeindestraßen, einschließlich der Autobahnen, ohne Instandhaltung und ohne landwirtschaftliche Güterwege (Verwendungsgruppe 66 der Länder- und Gemeindeabschlüsse).

7. *Sonstiges Verkehrswesen*: Hafen- u. Schiffsanlagen im Eigentum der Verwaltung, Flugsicherung.

8. *Wohnungs- und Siedlungsbau*: Wohnbauten im Eigentum der öffentlichen Körperschaften, städtebauliche Projektierungsarbeiten für Siedlungen (Verwendungsgruppen 62 und 92).

9. *Öffentliche Einrichtungen*: Hauptsächlich kommunale Einrichtungen (Feuerwehr, Beleuchtung und Straßenreinigung, Parkanlagen, Märkte, Friedhöfe usw.) und einige Bundesanstalten (Verwendungsgruppen 71 und 72).

10. *Sonstige Anlagen*: Hauptsächlich Wasserschutzbauten (Verwendungsgruppe 67), Wasserversorgungs- und Kanalisationsanlagen (Verwendungsgruppe 68), Bauten zur Förderung der Landwirtschaft und der gewerblichen Wirtschaft (Verwendungsgruppen 73 bis 77, ohne landwirtschaftliche Schulen), soweit diese Anlagen öffentlichen Körperschaften gehören.

Die Ergebnisse sind am aufschlußreichsten, wo die Anlagen überwiegend von der öffentlichen Verwaltung bereitgestellt werden. Das trifft vor allem für Schul- und Straßenbauten, für öffentliche Ein-

Investitionen der öffentlichen Verwaltung nach Aufgabenbereichen (nominell)

Jahr	Allgemeine Verwaltung	Schulwesen	Kulturelle Einrichtungen	Soziale Einrichtungen	Heilanstalten	Straßen- und Brückenbau	Sonst. Verkehrswesen	Wohnungs- u. Siedlungsbau	Öffentliche Einrichtungen	Sonstiges	Summe
Mill. S zu laufenden Preisen											
1948		129				245		155			990
1949		222				295		270			1.400
1950	176	262	23	57	131	395	17	437	129	234	1.861
1951	277	400	32	81	228	562	16	647	156	385	2.784
1952	252	384	34	75	210	732	15	718	145	300	2.865
1953	247	407	31	81	196	790	15	779	184	309	3.039
1954	299	479	38	121	183	898	27	713	236	339	3.333
1955	358	509	47	192	201	1.395	45	704	251	341	4.043
1956	404	519	64	230	214	1.433	56	718	280	349	4.267
1957	383	482	78	225	213	1.649	72	848	315	328	4.593
1958	450	602	95	230	198	2.183	91	811	377	364	5.401
1959	443	792	116	249	232	2.487	112	795	483	368	6.077
1960	456	962	93	305	301	2.793	130	869	593	416	6.918
1961	456	886	129	370	352	3.405	162	918	637	498	7.813
1962	612	1.028	135	407	435	3.296	162	969	765	545	8.354
1963	632	1.218	173	437	472	3.536	186	1.028	921	543	9.146

richtungen und Heilanstalten zu. Soziale Einrichtungen werden teilweise und kulturelle Einrichtungen hauptsächlich von nicht-öffentlichen Organisationen bereitgestellt. Der private und der öffentlich

geförderte Wohnungsbau übertreffen bei weitem den bundes-, länder- und gemeindeeigenen. Das gleiche gilt für den Wasserbau sowie für land- und forstwirtschaftliche Einrichtungen.

Anteile der Aufgabenbereiche an den Investitionen der öffentlichen Verwaltung

Jahr	Allgemeine Verwaltung	Schulwesen	Kulturelle Einrichtungen	Soziale Einrichtungen	Heilanstalten	Straßen- und Brückenbau	Sonst. Verkehrswesen	Wohnungs- u. Siedlungsbau	Öffentliche Einrichtungen	Sonstiges	Summe
Zu laufenden Preisen, in %											
1950	9,5	14,1	1,2	3,1	7,0	21,2	0,9	23,5	6,9	12,6	100,0
1951	9,9	14,4	1,2	2,9	8,2	20,2	0,6	23,2	5,6	13,8	100,0
1952	8,8	13,4	1,2	2,6	7,3	25,5	0,5	25,1	5,1	10,5	100,0
1953	8,1	13,4	1,0	2,7	6,4	26,0	0,5	25,6	6,1	10,2	100,0
1954	9,0	14,4	1,1	3,6	5,5	26,9	0,8	21,4	7,1	10,2	100,0
1955	8,9	12,6	1,2	4,7	5,0	34,5	1,1	17,4	6,2	8,4	100,0
1956	9,5	12,2	1,5	5,4	5,0	33,6	1,3	16,8	6,5	8,2	100,0
1957	8,3	10,5	1,7	4,9	4,6	35,9	1,6	18,5	6,9	7,1	100,0
1958	8,3	11,1	1,8	4,3	3,7	40,4	1,7	15,0	7,0	6,7	100,0
1959	7,3	13,0	1,9	4,1	3,8	40,9	1,8	13,1	8,0	6,1	100,0
1960	6,6	13,9	1,3	4,4	4,3	40,4	1,9	12,6	8,6	6,0	100,0
1961	5,8	11,3	1,7	4,7	4,5	43,6	2,1	11,7	8,2	6,4	100,0
1962	7,3	12,3	1,6	4,9	5,2	39,5	1,9	11,6	9,2	6,5	100,0
1963	6,9	13,3	1,9	4,8	5,2	38,7	2,0	11,2	10,1	5,9	100,0

Die Zusammensetzung der öffentlichen Investitionen hat sich im Laufe der Zeit merklich verschoben. Im folgenden wird die Wiederaufbauperiode außer acht gelassen und die Entwicklung im Zeitraum 1951 bis 1963 verglichen (für 1964 liegen noch keine funktionell gegliederten Ergebnisse vor).

Besonders kräftig wurde der *Straßenbau* ausgebaut. 1951 wurden etwas mehr als $\frac{1}{2}$ Mrd. S oder 20,2% der gesamten Investitionen der öffentlichen Verwaltung für Straßen- und Brückenbau ausgegeben, 1963 bereits 3,5 Mrd. S oder 38,7% (1961 hatte der Anteil des Straßenbaues vorübergehend sogar 43,6% erreicht.) In diesen Zahlen ist der Instandhaltungsaufwand (1963 $1\frac{1}{2}$ Mrd. S) nicht enthalten. Das Volumen des Straßenbaues (zu Preisen von 1954) wuchs in diesem Zeitraum um das Zweieinhalbfache. Trotzdem konnte es mit der stürmischen Motorisierung nicht Schritt halten¹⁾.

Die Überfüllung der Straßen, vor allem der Verkehrsflächen in den Städten und ihrer Einzugsgebiete legen einen rascheren Ausbau nahe, dessen Kosten aus verschiedenen Erwägungen größtenteils von den Straßenbenützern getragen werden sollten.

Außer Straßen wurden *kommunale und soziale Einrichtungen* (z. B. Beleuchtung, Straßenreinigung, Heime, Sportanlagen) forciert ausgebaut. Für diese beiden Zwecke wurden 1951 nur wenig mehr als 200 Mill. S (8,5% der gesamten Investitionsausgaben), 1963 fast 1,4 Mrd. S (14,9%) ausgegeben. Real betrug der Zuwachs im Zeitraum 1951 bis 1963 218%. Eine ähnliche Entwicklung wurde auch in der Bundesrepublik Deutschland beobachtet²⁾. Sie dürfte mit der zunehmenden Verstädterung, mit Änderungen im Altersaufbau (wachsender Anteil der alten Leute und der Kleinkinder)

¹⁾ Siehe Monatsberichte des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung, Jg. 1964, Heft 1, S. 23 ff.

²⁾ Sozialinvestitionen in der Bundesrepublik, Beiträge des Deutschen Industrie-Institutes Nr. 9, Köln, 1965.

beschleunigung läßt sich als eine Art Nachziehverfahren jener Bereiche erklären, die in der ersten Periode zu kurz kamen. Von 1951 bis 1957 wurden nur der Straßenbau, die „Sozialen“ und „Kommunalen Einrichtungen“ sowie die nicht sehr ins Gewicht fallenden Bereiche sonstiger Verkehr und kulturelle Einrichtungen stark ausgeweitet. Das Investitionsvolumen der übrigen Bereiche, auf die 1951 fast 60% der gesamten Investitionen entfielen, stagnierte oder ging zurück (Heilanstalten, sonstige Anlagen). Im Zeitraum 1957 bis 1963 wuchs das Investitionsvolumen in den stark expandierenden Bereichen im allgemeinen eher schwächer als bisher. Gleichzeitig begannen jedoch jene Bereiche aufzuholen, die in der ersten Periode stagniert hatten. Besonders die Knappheit an Spitalbetten und Schulraum zwang zu wachsenden Aufwendungen. Aber auch Verwaltungsgebäude wurden in größerer Zahl gebaut. Nur der Wohnungsbau stagnierte auch in der zweiten Periode.

Die Sozialinvestitionen werden nicht durch den Markt- und Preismechanismus gesteuert. Die Beurteilung der Dringlichkeit des Bedarfes und die Entscheidung, wie weit er befriedigt werden soll, obliegt der Verwaltung und den sie kontrollierenden politischen Organen. In einer demokratischen Gesellschaft ist es unvermeidlich, daß über die Dringlichkeit der einzelnen Investitionsprojekte in verschiedenen Bevölkerungsgruppen unterschiedliche Auffassungen bestehen, die von den Interessenverbänden mit mehr oder weniger großem Nachdruck durchzusetzen versucht werden. Der stark von politischen und institutionellen Einflüssen bestimmte Entscheidungsprozeß ist oft mit Reibungsverlusten und Doppelgeleisigkeit verbunden. Wegen der hohen Kosten der Sozialinvestitionen ist es besonders wichtig, möglichst umfangreiche *sachliche Entscheidungshilfen* zu erarbeiten, die die Auswirkungen alternativer Projekte erkennen lassen, und verwandte Projekte verschiedener öffentlicher Körperschaften aufeinander abzustimmen.

Die Investitionen der einzelnen öffentlichen Körperschaften

Von den gesamten Investitionen der öffentlichen Verwaltung entfallen zur Zeit nicht ganz ein Drittel auf den Bund, 10% auf die Länder (ohne Wien), mehr als 22% auf Wien, das wegen seiner Sonderstellung als Bundesland und Gemeinde (und überdies als einzige Millionenstadt) eine Sonderstellung einnimmt, ein Drittel auf die übrigen Gemeinden (einschließlich Gemeindeverbände) und je 2% auf die Kammern und die Sozialversicherungsträger.

Die *Aufgabenverteilung zwischen den einzelnen Körperschaften*, ihr Anteil an den Investitionen eines Aufgabenbereiches, hat sich im Laufe der Zeit nur wenig geändert. Neue Entwicklungstendenzen, wie etwa die Forcierung des Straßenbaues, setzten sich in den meisten Gebietskörperschaften annähernd gleichzeitig durch. Das läßt darauf schließen, daß die einzelnen öffentlichen Körperschaften trotz unterschiedlichen politischen, finanziellen und verwaltungstechnischen Voraussetzungen die Dringlichkeit des Bedarfes ähnlich einschätzten. Allerdings befriedigen die in einem Aufgabenbereich zusammengefaßten Anlageinvestitionen nicht immer eine einigermaßen homogene Nachfrage (wie etwa im Straßenbau oder im Wohnungsbau). Der Mangel an Schulraum z. B. kann in den Hochschulen stärker sein als in den Volksschulen.

Bund und Länder (ohne Wien) widmen den größten Teil ihres Investitionsbudgets dem Straßen- und Brückenbau (1964 71% und 52%). In Wien überwiegt der Wohnungsbau. Bei den Gemeinden (außer Wien) spielt der Bau von Schulen und kommunalen Einrichtungen eine ebenso große Rolle wie der Straßenbau (je 20%).

Es wäre interessant, Umfang und Struktur der öffentlichen Investitionen nach Bundesländern und Wirtschaftsregionen zu vergleichen. Für eine solche Untersuchung liegen zur Zeit noch nicht genügend

Die Aufgabenverteilung zwischen den öffentlichen Körperschaften 1963

	Bund	Länder ohne Wien	Wien	Gemeinden ¹⁾	Sozialversiche- rungsträger	Kammern	Alle öffentl. Körperschaften
	%						
Allgemeine Verwaltung	6.2	6.4	0.9	4.2	47.5	78.9	6.9
Schulwesen	13.5	11.5	4.1	21.0	—	—	13.3
Kulturelle Einrichtungen	0.2	2.6	2.3	3.2	—	—	1.9
Soziale Einrichtungen	1.0	4.1	4.9	9.1	—	—	4.8
Heilanstalten	0.1	14.6	8.5	1.9	52.5	—	5.2
Straßen- u. Brückenbau	71.4	55.4	19.6	20.9	—	—	38.7
Sonstiges Verkehrswesen	4.8	0.0	0.8	1.0	—	—	2.0
Wohnungs- u. Siedlungsbau	4.8	0.8	36.9	9.7	—	—	11.2
Öffentliche Einrichtungen	0.9	0.0	15.3	19.9	—	—	10.1
Sonstiges	1.8	4.6	6.7	9.1	—	21.1	5.9
Summe	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Gesamte Investitionen der öffentl. Verwaltung	31.1	10.4	22.6	32.0	2.1	1.8	100.0

¹⁾ Einschließlich Schulgemeinde- und Bezirksfürsorgeverbände (ohne Wien).

Unterlagen vor. Es ist jedoch bekannt, daß die Investitionen pro Einwohner der Länder und Gemeinden ein deutliches Wohlstandsgefälle aufweisen.

Eine soeben erschienene Berechnung des Deutschen Institutes für Wirtschaftsforschung¹⁾ ermöglicht einen einigermaßen verlässlichen *Vergleich zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Österreich*. Die deutsche Statistik enthält allerdings nicht den Wohnungsbau der öffentlichen Körperschaften. Die übrigen Brutto-Anlageinvestitionen machten 1963 15'67 Mrd. DM oder 4'20% des verfügbaren Güter- und Leistungsvolumens aus; in Österreich betrug der Anteil ohne Wohnungsbau 4'1%. Auch die Verteilung auf die einzelnen Aufgabenbereiche war bemerkenswert ähnlich. Auf den Straßen- und Brückenbau entfielen in Deutschland (1963) 41'0% der Investitionen (in Österreich 43'5%), auf das Schulwesen 14'6% (15'0%), auf das Sozial- und Gesundheitswesen 8'9% (11'2%), auf die allgemeine Verwaltung 7'3% (7'8%), auf das sonstige Verkehrswesen 2'0% (2'3%). Für Investitionen in den kulturellen Bereichen gaben die öffentlichen Haushalte in Deutschland relativ mehr aus (6'1% gegen 2'1%), doch ist zu berücksichtigen,

¹⁾ W. Kirner, „Ermittlung von Investitionsgrößenordnungen für Wirtschaftsbereiche“, Sonderheft Nr. 71, Berlin, 1965

daß die Bundestheater in Österreich als Betriebe geführt werden und daher nicht in dieser Aufstellung enthalten sind. Auch in den übrigen Bereichen (kommunale Einrichtungen, Wasserbau und Wirtschaftsförderung) spiegeln die Anteile (20'1% gegen 18'1%) unterschiedliche institutionelle Einflüsse wider.

Je Einwohner wird in Deutschland mehr für öffentliche Investitionen ausgegeben. Rechnet man (mangels anderer Unterlagen) die DM nach der Kaufkraftparität für Konsumgüter in S um, so ergeben sich folgende Werte: Für den Straßenbau (ohne Instandhaltung) gaben die öffentlichen Haushalte in Deutschland 1963 600 S pro Einwohner aus (in Österreich 490 S), für Schulbauten 210 S (170 S), für Amtsgebäude 110 S (90 S), für kommunale Einrichtungen, Wasserbauten und Wirtschaftsförderung 290 S (200 S). Nur die Ausgaben für soziale Einrichtungen und Heilanstalten erreichten in Österreich das deutsche Niveau (je 130 S pro Einwohner). Die Unterschiede erklären sich aus dem Wohlstandsgefälle zwischen beiden Ländern. Gemessen am Leistungsvermögen unternimmt Österreich die gleichen Anstrengungen, seine öffentlichen Einrichtungen auszubauen wie die Bundesrepublik Deutschland.

Helmut Kramer